

HAUPTPROBLEME EINER MONOGRAPHIE IGNAZ VON PLENERS

Von Mechthild Wolf

Wer sich mit der Geschichte der Donaumonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts befaßt, sieht sich einer Fülle von Ereignissen, den verschiedenen politischen Meinungen und Versuchen, diese zu realisieren, gegenüber, will er aber ihre Problematik darlegen, so stößt er ihrer Komplexität wegen auf beträchtliche Schwierigkeiten. Beschäftigt man sich aber mit dem Leben eines in der Politik tätigen Mannes, so wird man durch die Probleme, die ihn bewegten, in die komplexe Lage eingeführt und man kann ein Verständnis für die Zeit gewinnen. Die Denk- und Verhaltensweise einer Persönlichkeit kann durch die Zeitumstände beleuchtet werden und umgekehrt könnten die Tätigkeit einer Persönlichkeit und die zugrunde liegende Einstellung einen Zeitabschnitt beleuchten. Von daher mag eine Monographie über Ignaz von Plener zur Aufschlüsselung einer historischen Epoche gerechtfertigt sein.

Der Lebensabschnitt, auf dem der Schwerpunkt der Monographie liegen wird, wird von mir in drei Teile geteilt, weil dies von der politischen Entwicklung Pleners vorgegeben ist. Der vorläufige Bericht über meine Arbeit wird sich an diese Dreiteilung halten. Aus der Fülle des Materials sollen hier solche Ergebnisse herausgegriffen werden, denen sachliche Antriebskräfte zugrunde liegen. Antriebskräfte, die dem familiären Bereich zugehören, werden hier außer acht gelassen. Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, weil auch hierzu detaillierte Erklärungen notwendig sind und man nicht alles zu gleicher Zeit bringen kann.

*

Die Monographie wird vornehmlich die politische Tätigkeit Pleners in den Jahren 1860 bis 1873 behandeln, in denen er als Finanz- und später als Handelsminister an wichtigen Entscheidungen beteiligt war. Als er zum ersten Mal die Leitung eines Ressorts übernahm, war Plener 50 Jahre alt und über 27 Jahre im österreichischen Länderfinanzdienst tätig. Noch während des Jurastudiums begann er als Praktikant bei der Wiener Finanzprokurator, ging nach der Promotion als Finanzbezirkskommissar nach Eger und rückte bis zum Leiter der dortigen Finanzverwaltung auf, gehörte einige Jahre als Finanz- und Oberfinanzrat der Zollabteilung in Prag an, avancierte dann im Zuge der Aufgliederung der ungarischen Finanzverwaltung zum Vorstand der neu eingerichteten Finanzlandesdirektionsabteilung in Preßburg und wurde schließlich zum Finanzlandesdirektor von Galizien und der Bukowina in Lemberg befördert. Hier lernte ihn Graf Agenor Goluchowski, der als Statthalter gleichzeitig Präsident der Landesfinanzbehörde und damit sein Vorgesetzter war, als fleißigen und umsichtigen

Beamten schätzen. Übrigens war Pleners Arbeitseinsatz zum Teil darauf zurückzuführen, daß er sich nach dem frühen Tod seiner Frau und dem unmittelbar darauf erfolgenden Verlust einer Tochter gesellschaftlich zurückgezogen hatte und nur für seinen Beruf lebte, mit dem Ziele, dem ihm verbliebenen Sohn Ernst, dem späteren Führer der Deutschliberalen, eine aussichtsreiche Zukunft zu erschließen. Goluchowski schätzte zudem seine Umgangsformen wie auch seine Anpassungsfähigkeit an Personen und Umwelt, die Plener auch später während seiner ministeriellen Tätigkeit Sympathien eintrugen.

Für Plener trat eine einschneidende Veränderung ein, als Goluchowski Sommer 1859 nach Wien berufen wurde. Im Zuge der teilweisen Regierungsumbildung, mit der Kaiser Franz Joseph auf seine Weise den durch die Niederlage im italienischen Krieg ausgelösten innenpolitischen Sorgen — Ungarn und der Finanznot — begegnen zu können glaubte, wurde er anstelle Alexander Bachs Minister des Innern im Kabinett Rechberg. Von Anfang an war Goluchowski an einem Personalwechsel im Finanzministerium interessiert, zum einen weil er ein erklärter Gegner des liberalen Ökonomismus, wie ihn Bruck seit 1855 vertrat, war, zum anderen weil ihm dessen intensive Versuche, auf die anstehenden inneren Reformen Einfluß zu nehmen, mißbehagten. Goluchowski, der der Auffassung war, daß die Aufgabe des Finanzministers nur die Verwaltung seines Ressorts zu sein habe, hielt Plener, der seiner Erziehung, seiner Laufbahn nach und auch von seiner Persönlichkeit her Beamter und kein Politiker war, für den geeigneten Mann und vermittelte aus Vorsorge seine Berufung in den Reichsrat nach Wien. Hier war Plener Gelegenheit gegeben, sich Einblick in allgemeine Budget-, Bank- und Währungsfragen zu verschaffen, und andererseits den Regierungskreisen, Plener kennenzulernen.

*

Nach dem zweifellos sehr ungünstigen Ergebnis des von den Statthaltereien aller Kronländer unterstützten Lotterieleihens im Frühjahr 1860 gab der Kaiser dem wiederholten Drängen nach und stimmte der Demission Brucks zu. Am 22. April betraute er Plener mit der provisorischen Leitung des Finanzressorts. Plener wußte um die Anforderungen, welche der Zustand der Finanzen an den Leiter des Amtes stellte. Der Selbstmord Brucks hatte den finanziellen Notstand des Reiches offenbar gemacht. Vornehmlich mangelte es dem Staat an Bargeld. Die Mehrausgaben im italienischen Krieg hatten das mittlerweile chronisch gewordene Haushaltsdefizit erheblich verstärkt und eine neuerliche Geldentwertung bewirkt. In dieser mißlichen Lage war für Plener die Finanzfrage nichts anderes als die Frage nach der Kreditfähigkeit des Staates. Da das Ergebnis des Lotterieleihens gezeigt hatte, daß weder Adel noch Kirche, aber auch die Finanzwelt nurmehr in verschwindendem Maße bereit waren, dem Staat weiterhin ihre Geldmittel zur Verfügung zu stellen, war Plener von Anfang an bemüht, das Vertrauen der für den Staatskredit so wichtigen Hochfinanz zu gewinnen. Er war sehr aufgeschlossen für die Stimmungen an der Börse, zeigte das feinste Gehör für die Kritik ihrer Presse und bemühte sich, jedem gerügten Übelstand bereitwillig abzuhelpfen. Er ließ sich von den Finanziers überzeugen, wie der Finanz-

not am besten abzuhefen sei. War die Hoffnung der liberalen Regierung im Jahre 1848 dahin gegangen, durch die Gewährung einer Verfassung auch eine Ordnung der Finanzen herzustellen, so formulierte nun Anselm von Rothschild den liberalen Gedankengang: „Keine Verfassung, kein Geld“.

Pleners Sympathien galten nur begrenzt den Wünschen des liberalen Bürgertums, da er zu stark von der staatlichen Autorität erfüllt war. Doch durch seinen Beruf gelangte er zu der Überzeugung, daß anstelle des absolutistischen der Verfassungsstaat zu treten habe. Zunächst setzte er sich im Rahmen der von der Regierung zur Aufbesserung des Staatskredits bereits erfolgten Einrichtungen einer Staatsschuldenkommission und, nachdem sich dieses Mittel als nicht zugkräftig erwiesen, eines verstärkten Reichsrats für die gründliche Einhaltung dieser Konzessionen ein. Als sich aber der Kaiser dazu entschloß, die Auflegung neuer Steuern und Anlehen an die Zustimmung des Reichsrats zu binden, und dies mit dem Handschreiben vom 17. Juli 1860 bekanntgab, galt dies Plener als der eigentliche Wendepunkt und der erste reale Schritt zur Begründung einer verfassungsmäßigen Ära, und zwar umso mehr, als der Kaiser bei der Sanktion des Handschreibens Plener, der ihm bei dieser Gelegenheit noch einmal die große Notlage des Staates dargelegt hatte, versichert hatte, daß er mit Rücksicht auf die bedrohte Lage des Staatskredits das öffentliche Leben in Österreich in konstitutionelle Bahnen zu lenken bereit sei. Von da ab trat Plener als Vertreter der Forderungen der Liberalen innerhalb der Regierung auf.

In dem Maße, wie sich das Programm der ungarischen Altkonservativen, dem sich der deutsche und böhmische Adel angeschlossen hatte, von der Idee eines zentralistischen Staates entfernte und sich die Tendenz durchsetzte, die österreichische Monarchie nach den historisch-politischen Individualitäten der Länder und Nationen neu zu gestalten, fürchtete die Finanzwelt, daß Ungarn für die Reichsfinanzen verlorengehen könnte. Plener trat sowohl im verstärkten Reichsrat, wo diese Meinungen diskutiert wurden, als auch im Ministerrat als Warner auf. Der Kaiser jedoch entschied sich für Ungarn und war bereit, ihm eine Landesverfassung zu geben, bedachte aber nicht, daß der Versuch, diese Länderautonomie auf Österreich auszudehnen, an die Wurzeln des von Maria Theresia gestalteten Machtstaats der Dynastie rühren müsse. Plener erfuhr zunächst die veränderten Absichten des Kaisers nicht und fuhr fort, die Gedanken des liberalbürokratischen Zentralismus mit Sicherheit und einer gewissen Geschicklichkeit gegen die Autonomisten zu vertreten. Dadurch war für den Kaiser die öffentliche Ruhe in gewisser Weise garantiert, die er und mit ihm die ungarischen Altkonservativen zur Vorbereitung der Regierungsakte benötigten. Als Plener zu ahnen begann, daß der Kaiser bereit war, die Wünsche der Ungarn zu erfüllen, vertrat er die Auffassung, daß, wenn man schon so weitgehende Zugeständnisse an Ungarn machen wolle, die die Ungarn dennoch nicht zufriedenstellen und im ungarischen Landtag zu einem Bestreben auf Ausdehnung der Autonomie auf den Bereich der Finanzen führen würden, so müsse man gleichzeitig auch eine Verfassung für das Gesamtreich geben, um eine kräftige Position gegenüber Ungarn zu wahren. Plener glaubte, daß die Form der nie in Kraft getretenen oktroyierten Verfassung vom März 1849 den Gegebenheiten entsprechen würde und daß man

den speziellen ungarischen Zuständen ohne Gefährdung der Reichseinheit Rechnung tragen müsse; man müsse die äußere Politik und die Finanzen der Zentralregierung unangetastet sichern. — Damit nahm Plener teilweise die Grundlinien des später unter Anton Ritter von Schmerling verwirklichten Programms der Deutschliberalen vorweg. — Seine Meinung legte Plener wiederholt im Ministertrat und in Briefen an den Außenminister, die er bat, dem Kaiser zur Kenntnis zu bringen, dar. Je mehr der Termin für eine Regierungsakte zu erwarten war, desto intensiver wurden die Mahnungen Pleners. Als die Publikation für den nächsten Tag bevorstand und er nur in der Nacht von den vorgetragenen Entwürfen Kenntnis nehmen konnte, äußerte er seine prinzipielle Nichtübereinstimmung und verwahrte sich gegen jeden Nachteil, der sich aus dem Inhalt dieses Aktes für die finanziellen Interessen des Reiches ergeben würde. Er war selbst zu einem Rücktritt bereit, von dem er nur auf Order des Kaisers Abstand nahm, dem daran gelegen war, die Wirkung des Oktoberdiploms nicht durch eine Demission bei der Veröffentlichung zu gefährden.

Die Unruhe unter der Bevölkerung, die der Erlaß des Oktoberdiploms ausgelöst hatte, bestätigte die Befürchtungen Pleners. Sowohl die Ungarn als auch die Deutschliberalen opponierten. Die ungarischen Altkonservativen mußten feststellen, daß die Bevölkerung mit der dem Landtag zugesprochenen Legislative nicht zufrieden war, weil diese die erwartete Selbständigkeit Ungarns nicht beinhaltete. Das deutsche Bürgertum war nicht nur durch das Oktoberdiplom, sondern auch durch Nachrichten von Landesstatuten, die auf dem alten Ständeprinzip beruhten, verstimmt.

In dieser Situation wurden die Altkonservativen beim Kaiser vorstellig und legten ihm ihre Überzeugung dar, daß die Ausführung des Oktoberdiploms gerettet werden könne, wenn man die weiteren Reformen nicht mehr dem nunmehrigen Staatsminister Goluchowski überließe, sondern einen Liberalen an seine Stelle berufen würde. Von einem liberalen Staatsminister würde erwartet werden, daß er einerseits das Oktoberdiplom in Ungarn verwirklichen könnte und andererseits, daß er mit einer gewissen Modifikation des Oktoberdiploms auch die Deutschösterreicher zufriedenstellen könnte. Somit würde ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Reichsteilen hergestellt und eine Beruhigung erreicht. Diese Aussicht bewirkte beim Kaiser, daß er bereit war, ihren Vorschlag zu akzeptieren und Anton von Schmerling, der in Ungarn und bei den Deutschösterreichern in hohem Ansehen stand, neu zu berufen.

Die finanzielle Situation der Monarchie hatte sich nach dem Oktoberdiplom durch die Kosten für die administrativen Änderungen und die Verminderung der Staatseinnahmen infolge des ungarischen Steuerstreiks abermals beträchtlich verschlechtert. Dazu kam die neuerlich drohende Kriegsgefahr in Italien, so daß Plener sich gezwungen sah, eine Kreditoperation vorzubereiten. Sowohl die politischen als auch die finanziellen Auswirkungen des Oktoberdiploms hatten aber die Kreditwürdigkeit reduziert, so daß sich der Leiter der Finanzen in einer äußerst schwierigen Lage befand. Er glaubte, daß Goluchowski nicht der geeignete Mann sei, die Durchführung des Oktoberdiploms so zu beschleunigen, daß die Ländervertretungen im Reichsrat so rechtzeitig zusammentreten könnten, wie es

für die Kreditoperation notwendig war. Deshalb trat er an den Kaiser mit dem Vorschlag heran, Goluchowski abzulösen und Schmerling zu berufen, mit dem er sich leicht hatte verständigen können. Dieser Vorschlag stieß beim Kaiser auf keinerlei Widerstand, da ihn die ungarischen Altkonservativen bereits vorgetragen hatten. Die Doppelung des Vorschlags erleichterte dem Kaiser den Entschluß zur Ausführung. Plener, der nichts von der Annäherung der Altkonservativen an den Kaiser gewußt hatte, glaubte den Ministerwechsel auf seinen Einfluß beim Kaiser und die Dringlichkeit der Finanzen zurückführen zu können. Auf Veranlassung von Schmerling, der eine schnell arbeitsfähige Regierung wünschte, wurde Plener im Dezember 1860 definitiv Finanzminister. Von da ab kann er als treibende Kraft bei der Entwicklung zum Februarpatent gelten: Bei seinen Bemühungen um die Verbesserung der finanziellen Lage konfrontierte er das Kabinett ständig mit der Notwendigkeit von Reformen. Er sicherte die Arbeit des Kabinetts durch eine Umfrage bei den Handelskammern, die eine Aufbesserung der Valuta betraf, die aber den Handelskammern gleichzeitig die Möglichkeit gab, zu den anstehenden Verfassungsfragen Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse waren einhellig für Plener. — Mit der Veröffentlichung des Februarpatents stellte Plener seine Bemühungen um die Verfassungsfragen ein und wandte sich nun der reinen Ressorttätigkeit zu.

Die wichtigsten Punkte seines Arbeitsprogramms waren die Stabilisierung der Währung und die Herstellung des Haushaltsgleichgewichts. Hierbei konnte er sich auf das Finanzprogramm Brucks stützen, das eine gleichzeitige Inangriffnahme der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben, der Regelung des Schuldverhältnisses zur Nationalbank, der Herstellung einer stabilen Silberwährung und einer gründlichen Reform des Steuerwesens beinhaltete. Plener nahm diese Punkte nicht gleichzeitig wahr, sondern zog zunächst die Währungsfrage vor, weil Finanz- und Industrielwelt sie für das wirksamste Mittel zur Herstellung der Kreditfähigkeit ansahen. Dieses gelang ihm durch ein Abkommen mit der Nationalbank, in dem er die Grundzüge seiner Vorlage — Regelung des Schuldenverhältnisses zwischen Staat und Bank, Herstellung der Unabhängigkeit einer Zentralbank, Solventmachung der Bank durch Verminderung des Notenumlaufs und bankmäßige Deckung der im Umlauf bleibenden Noten — durchsetzen konnte. Dieser Erfolg konnte nicht in die Zukunft wirken, da das Bankstatut durch die neuerliche Herausgabe von Staatspapiergeld im Zusammenhang mit dem 66er Krieg entwertet wurde. Einige Jahre später verlor es völlig seine Gültigkeit.

Für die Reform der direkten Steuern griff Plener die Vorbereitungen Brucks auf, wobei er sich auf bereits eingearbeitete Beamte stützte. Zunächst versuchte er Reformen für einzelne Steuern durchzubringen, um die Einnahmen des Staatshaushaltes zu erhöhen. Dabei stieß er auf Widerstand im Reichsrat, so daß er die Vorlagen zur neuerlichen Bearbeitung zurückzog. Im Jahre 1864 legte er ein umfassendes Reformprojekt vor, das neben den Ertragssteuern großes Gewicht auf die Einkommensteuer legte. Plener wollte damit eine gerechtere Verteilung der Steuern und eine Erhöhung der Staatseinnahmen erreichen. Der Reichsrat nahm die Vorlage zur Beratung an. Infolge des Regierungswechsels kam es aber nicht

mehr zur parlamentarischen Erledigung. Dennoch behielt die Vorlage Bedeutung für die weitere Entwicklung der Steuerreformen.

Bei der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben schien sich im Jahre 1863 eine Besserung abzuzeichnen. Zum einen wirkte sich der Abschluß der Bankakte aus, zum anderen belebte sich das Wirtschaftsleben durch Neugründung der k. k. priv. Allg. österreichischen Bodenkreditanstalt, der Unionbank und der Anglo-Austrian-Bank. Hinzu kam, daß Plener den Rest der Lotterieranleihe zum günstigsten Kurs an Anselm von Rothschild abgeben konnte. Es gelang ihm auch, gewisse Einsparungen in der Verwaltung zu erzielen.

Gegen Ende des Jahres 1863 zeichnete sich wiederum eine Verschlechterung der Finanzen ab. Es begann mit einer Mißernte in Ungarn, setzte sich fort infolge der Verwicklung in den Schleswig-Holsteinischen Krieg, infolge der Zuspitzung der ungarischen Krise und wegen einer gewissen Stagnation der Wirtschaft. Wie sehr sich die Situation verfahren hatte, zeigte sich deutlich im Mai 1864.

Plener sah sich im Herbst 1863 gezwungen, eine Anleihe vorzubereiten. Da der Rest der Lotterieranleihe an Rothschild gegangen war, konnte er nicht sofort eine weitere Anleihe anbieten. Deshalb nahm er die Chance, die sich ihm durch die Vermittlung der Anglo-Austrian-Bank, ein Drittel der Summe vorzuschließen, bot, zunächst wahr. Damit war die Aussicht auf Unterbringung dieser Anleihe in England verbunden. Durch die Kriegsstimmung um Schleswig-Holstein wurde diese Aussicht vermindert und zerschlug sich völlig bei Kriegsausbruch. Das führte Plener nun in eine Zwangssituation, da ohne Anleiheabschluß eine Rückzahlung der vorgeschossenen Summe erfolgen mußte. Ihm blieb kein anderer Ausweg, als jetzt das Anlehen auf den Markt zu bringen. Das Angebot brachte er allerdings ziemlich ungeschickt heraus, da er die Form der Offertverhandlung wählte. Das Ergebnis war niederschmetternd, womöglich weil er durch die Genehmigung der Anglo-Austrian-Bank Rothschild verärgert hatte.

Dieser Mißerfolg wurde nicht nur dem Finanzminister angelastet, sondern wirkte sich auch katastrophal auf das Ansehen der Regierung Schmerling aus: Bei dem noch immer ungelösten Ungarnproblem hätte das Kabinett wenigstens im finanziellen Bereich Positives vorweisen müssen. Schmerling, der fürchtete, daß es zu einer Verständigung zwischen dem Kaiser und den Führern der Ungarn kommen könnte, die seine Entlassung mit sich bringen würde, arbeitete — für sich selbst vorbeugend — auf die Entlassung Pleners hin. Der Finanzminister sah sich heftigen Anwürfen im Kabinett und einer Kampagne der halboffiziösen Presse ausgesetzt und fand von seiten des Staatsministers Schmerling keine Rückendeckung im Reichsrat. Dieser Rückendeckung hätte er um so mehr bedurft, als er wegen diffiziler Budgetfragen in eine heftige Auseinandersetzung mit dem Reichsrat geriet. Während es dem Finanzminister um die Wahrung seiner Befugnisse ging, versuchte der Reichsrat seine Kompetenzen auszuweiten.

Die Krisensituation der Regierung, die sich nicht nur von den finanziellen Schwierigkeiten herschrieb, sondern auch von der Außenpolitik und dem unbefriedigenden Stand der ungarischen Angelegenheit, wurde verstärkt durch die ständige Spannung zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus. Zur Zuspitzung

kam es, als Plener sich wieder zu einer großen Kreditoperation, welche für die allgemeinen Staatsbedürfnisse und für die Deckung der Staatsschuld in den Jahren 1865 und 1866 Vorsorge treffen sollte, entschloß und im Juni 1865 im Abgeordnetenhaus einbrachte. Die außerordentlich hohe Summe, die nun auf einmal aufgebracht werden sollte, machte einen sehr schlechten Eindruck, zumal die Abgeordneten weitgehend ahnungslos waren. Dazu kam, daß Schmerling sich mit aller Macht gegen die Anträge im Abgeordnetenhaus wehrte, welche die Fortdauer der Gültigkeit von Verordnungen, die mit Hilfe des Notstandsparagraphen erlassen worden waren, von der nachträglichen Genehmigung des Reichsrats abhängig machen wollten. Eine diesbezügliche Abstimmung hatte ganz den Charakter eines Mißtrauensvotums. Wenige Tage später mußte Plener von dem großen Kreditgesetz Abstand nehmen, nachdem der Reichsrat nur 13 Millionen für die gerade fälligen Zahlungen bewilligt hatte. Daraufhin bot er seinen Rücktritt an, doch lehnte der Kaiser eine Teildemissionierung des Kabinetts ab. Zwei Wochen später wurde dann das Gesamtkabinet entlassen, und zwar weil der Kaiser gegenüber Ungarn eine andere Politik einschlagen wollte. Diese Entwicklung war allerdings durch die Finanzfragen beschleunigt worden.

*

Für die folgenden Jahre, die Plener als Abgeordneter im böhmischen Landtag und im Reichsrat verbrachte, kamen ihm die Erfahrungen, die er während seiner Finanzministertätigkeit hatte sammeln können, zugute. Er hatte erkannt, daß die Macht in Oesterreich letztlich doch bei der Krone lag und man nichts vermochte, wenn man ihre Ansichten nicht berücksichtigte. Jeder, der politische Intentionen Wirklichkeit werden lassen wollte, mußte vorher darum bemüht sein, sich die Unterstützung der Krone zu sichern. Aus den Auseinandersetzungen im Reichsrat hatte er die Lehre gezogen, daß einerseits die Minister den Argumenten der Abgeordneten gegenüber aufgeschlossen sein mußten, daß andererseits die Abgeordneten um der Sache willen ihre oppositionelle Haltung dämpfen mußten. Parlamentarisches Leben ist ohne eine gewisse Kompromißbereitschaft nicht möglich.

Der Beginn seiner Abgeordnetentätigkeit — Plener hatte seit 1861 das Mandat der Egerer Handelskammer inne, nahm es eigentlich aber erst 1865 nach seiner Demission wahr — unterlag einer gewissen Belastung. Nachdem er Jahre lang wichtige Stellungen in der Monarchie ausgefüllt hatte, sah er sich nun auf einen Sitz im böhmischen Landtag beschränkt. Zudem war der führende Sprecher der Verfassungspartei, zu der Plener gehörte, Eduard Herbst, der Pleners Finanzpolitik immer wieder getadelt und ihm größten Leichtsinns als auch Unfähigkeit vorgeworfen hatte. Zunächst zogen ihn diese Kreise nicht zu ihren Beratungen hinzu, und Plener seinerseits drängte sich nicht auf. Dies änderte sich, als Plener im Landtag versuchte, eine Dankadresse für das Septembermanifest durch Antrag auf Übergang zur Tagesordnung zu unterbinden. Sympathien brachte ihm dann eine Rede ein, in der er sich gegen die Verminderung der Sitze der Handels- und Gewerbekammern im Landtag aussprach.

Der neuen Regierung in Wien gegenüber nahm Plener eine skeptische Haltung

ein. Die Ernennung Belcredis deutete darauf hin, daß das altkonservative Element wieder in den Vordergrund treten würde und somit eine Gefährdung der Interessen des Gesamtstaates zu befürchten sei. Plener war für die Reichseinheit und gegen jede Veränderung im föderalistischen Sinne. Angesichts der Ereignisse von Königgrätz und der weit fortgeschrittenen Verhandlungen mit Ungarn gab er seine starre Haltung gegenüber Ungarn jedoch auf. Er glaubte, daß ein vernünftiger Dualismus, auf der einen Seite Ungarn, auf der anderen Seite die übrigen Kronländer, in dieser Situation das beste sei. Im November 1866 nahm Plener zum ersten Male offiziell zur Politik der Regierung und dem Ausgleich mit Ungarn Stellung. In der Debatte erklärte er, daß das Programm der Deutschen in Böhmen sein müsse: Österreich, die deutsche Nationalität und die Freiheit.

Das kaiserliche Patent vom 2. Januar 1867, das die sofortige Auflösung der Landtage und Neuwahlen verfügte, war ein neuerlicher Anlaß zu heftigen politischen Diskussionen. Das Ziel dieser Verfügung war die Einberufung eines außerordentlichen Reichsrates, dem das geplante ungarische Abkommen zur Beratung vorgelegt werden sollte. Die Deutschliberalen waren gegen das Zustandekommen des außerordentlichen Reichsrates, weil bei dem in Aussicht genommenen Wahlmodus die Föderalisten in der Mehrheit gewesen wären. Plener wurde in dieser Angelegenheit beim Außenminister Baron Beust vorstellig und forderte eine Wahl nach dem Muster des Februarpatentes. Beust nutzte die Gelegenheit, die Deutschen für seine politischen Pläne geneigt zu machen, nämlich den Ausgleich mit Ungarn. Er versprach ihnen deshalb die Klärung der Verfassungsfragen. Von da ab wird Plener der Vermittler zwischen den Deutschliberalen Böhmens und Beust, aber auch der Mittler zwischen den Verfassungsanhängern Böhmens und der übrigen Länder.

Im März 1867 fürchtete Plener, daß Beust, der den Einfluß der Zentralisten verringern wollte und deshalb einige Opponenten durch Ernennung ins Herrenhaus ausschalten ließ, ihn als Gegner im Abgeordnetenhaus loszuwerden wünschte. Gegen die Zusage, Beusts Politik bis zu einem gewissen Grad zu unterstützen, sicherte er sich sein Verbleiben im Abgeordnetenhaus des Reichsrates.

Als der Ausgleich mit Ungarn im Sommer 1867 zugestanden worden war, bereitete sich in den Reihen der Deutschliberalen Resignation aus. Plener schien der Abfall Galiziens und der Bukowina nun gewiß, und es fand bei ihm als Großösterreicher die Idee seines Sohnes über eine Donauföderation in Hinblick auf die gegebenen verrotteten Sach- und Personalverhältnisse positives Echo. Österreichs Zukunft beurteilte er als recht trübe, ahnend daß durch den Dualismus die nationalen Probleme weiterhin bestehen und überhaupt unlösbar sein würden. Die weitere Lebensdauer des Habsburger Reiches schätzte er auf höchstens 20 Jahre.

An den Vorarbeiten, die der finanziellen Seite des Ausgleichs galten, beteiligte sich Plener in den Ausschüssen. Er bemühte sich, möglichst viel für die westliche Reichshälfte auszuhandeln. Konnte er in den Ausschusssitzungen mit seiner Meinung nicht durchdringen, schloß er sich der Mehrheit an und verzichtete im Reichsrat auf die Bekanntgabe seiner ursprünglichen Gegenmeinung. Er war der Überzeugung, daß eine Gegendarstellung nach der Ausschlußberatung keinen wirkli-

chen Einfluß mehr haben konnte, sondern nur Verwirrung und Unruhe unter den Abgeordneten auslösen würde. Damit zeigte Plener, daß er eine Opposition, die der Sache nicht mehr dienen kann, für falsch hielt. Diese Einstellung muß vorhanden sein, wenn parlamentarisches Leben fruchtbar sein soll.

*

In der ersten neuen Regierung nach dem Ausgleich mit Ungarn, die dem Kaiser und seiner Umgebung durch die Verhältnisse aufgezwungen war, wurde Plener Handelsminister. Plener sowie die übrigen Kabinettsmitglieder gehörten zu den namhaftesten Vertretern der Verfassungspartei. Er fürchtete um den Bestand dieses Kabinetts, da der Kaiser die Ernennung der Minister nur unwillig ausgesprochen hatte. Der ungarische Ausgleich hatte zwar eine Nation befriedigt, hatte aber bei allen andern Nationen Ressentiments erweckt. Vornehmlich die Tschechen und die Polen bereiteten der neuen Regierung Sorge. Plener wußte, daß das Hauptproblem der Regierung die Verständigung mit der tschechischen Führung bildete. Pleners Überzeugung ging dahin, daß die Tschechen die Suprematie über die Deutschen in Böhmen anstrebten und durch nichts sonst befriedigt werden könnten. Das hätte aber die völlige Verstimmung der Deutschen in Böhmen bedeutet und nachfolgend den Verlust der deutschen Provinzen an Preußen oder andere deutsche Staaten. Letzteres sah er als eine größere Gefahr an als die Auseinandersetzung mit den resistenten Tschechen. Man durfte deshalb die Auseinandersetzung mit ihnen nicht scheuen, aber dabei ihren Forderungen nicht nachgeben, weil dies ein Zeichen der Schwäche gewesen wäre und die Resistenz der Tschechen nur gesteigert hätte. In diesen Fragen kam es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung, als die durch den Rücktritt Auerspergs vakant gewordene Stelle des Ministerpräsidenten neu zu besetzen war. Bei den Verhandlungen innerhalb des Kabinetts und der Einigung mit dem Kaiser vermittelte Plener. Die Mehrheit im Kabinett lehnte Graf Eduard Taaffe, den der Kaiser an der Spitze wünschte, ab. Plener war ebenfalls gegen Taaffe eingestellt, weil er unter ihm ein Nachgeben gegenüber den Tschechen befürchtete. Dennoch setzte sich Plener, der zu anderer Zeit erkannt hatte, daß gegen den Wunsch des Kaisers keine Politik gemacht werden konnte, für Taaffe ein, versuchte ihn aber durch Absprache zu binden. Unter der Leitung Pleners arbeitete das Kabinett eine Art Regierungsprogramm aus, wobei es sich auf einen Vorentwurf Pleners stützte, und verlangte für den Ernennungsvorschlag von Taaffe, sich an dieses Programm zu halten. Taaffe akzeptierte die Bedingungen, woraufhin die Ernennung durch den Kaiser erfolgte. — Plener hatte bei der Regierungsumbildung viel Geschick bewiesen, indem es ihm gelungen war, beide Seiten zu befriedigen, ohne sein politisches Programm außer acht zu lassen.

Im Juli 1869 drohte die Auflösung des böhmischen Landtags. Der Kaiser wollte Neuwahlen, weil er sich davon eine veränderte Zusammensetzung des Landtags erhoffte. Plener war gegen eine Auflösung, da die Regierung mit dem derzeitigen Landtag gut zusammenarbeitete: Eine solche Maßnahme würde praktisch darauf hinauslaufen, der Regierung den parlamentarischen Rückhalt zu entziehen. Er glaubte dies als Absicht der Krone erkennen zu können. Plener ver-

suchte mittels einer Denkschrift auf den Ministerrat Einfluß zu nehmen, um gemeinsam eine Auflösung zu verhindern.

Im Dezember kam es wegen Fragen der Wahlreform zu einer Spaltung innerhalb der Regierung. Bei dieser Auseinandersetzung ging es im Grunde um ein Fortfahren auf dem Wege des Zentralismus oder ein Einlenken in föderalistische Bahnen für die westliche Reichshälfte. Ersteres war gleichbedeutend mit direkten Wahlen. Diese forderte auch Plener und schloß sich dabei der Mehrheit an. Der Kaiser sah den Zwiespalt im Ministerium mit Unzufriedenheit und drängte auf eine Entscheidung. Die Meinung der Mehrheit des Kabinetts fand die Zustimmung des Reichsrates. Daraufhin trat die Minderheit zurück und Plener wurde als ältester Minister mit der Reorganisation des Kabinetts betraut. Plener, der wußte, daß der Kaiser nicht mit der Mehrheit übereinstimmte und ein Einlenken erwartete, vermittelte eine Kabinettsliste; doch war er überzeugt, daß der Kaiser auf die Dauer nicht mit ihr einverstanden sein würde.

Auf Drängen Pleners unternahm die neu zusammengesetzte Regierung einen Verständigungsversuch mit den Tschechen. Plener lehnte auch jetzt eigentlich eine Verständigung ab. Doch da er das Anliegen des Kaisers, den föderalistischen Tendenzen nachzugeben, kannte, schlug er dem Kabinett vor, in Prag die Bedingungen der Tschechen zu erfragen. Die Regierung könnte sich dadurch beim Kaiser angenehm machen, da sie sich willfährig zeigte, seine Wünsche zu erfüllen. Dabei brauchte sie keineswegs von ihren Zielen abzurücken, da zu erwarten wäre, daß die Tschechen so hohe Forderungen stellen würden, daß an eine Erfüllung nicht zu denken sei, man aber sogar das Recht gewinnen könnte, den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Regierung folgte Pleners Ratschlag und tatsächlich kam keine Verständigung zustande.

Die politische Bedeutung Pleners zur Zeit seiner Tätigkeit als Handelsminister liegt bei seiner Vermittlerrolle zwischen Kaiser und Kabinett und weniger bei der Ressortarbeit. Hier bemühte er sich um die Erweiterung des Eisenbahnnetzes und um die Vermehrung und Verbesserung der Post- und Telegraphenämter. Er führte das System der langen Steuerbefreiung anstelle der kostspieligen Staatssubventionen bei Eisenbahnkonzessionen ein und war auf die Verminderung der hohen Tarifsätze bedacht. In Pleners Ministerzeit fiel die Reorganisation der Handelskammern sowie der Abschluß einer Reihe von Handelsverträgen. Pleners Tätigkeit als Handelsminister fand ein Ende durch die Demission der Regierung am 3. April 1870.

Der Kaiser schätzte Plener, weil er angenehm im Umgang und entgegen seinen Parteifreunden auch mal bereit war, Konzessionen zu machen. Er hätte ihn gern als Minister in den folgenden Kabinetten gesehen und wäre dabei auch wohl auf wenig Widerstand bei den jeweils die Regierung Bildenden und deren Anhängern gestoßen, da selbst politische Gegner Plener seiner konzilianten Haltung wegen akzeptierten. Plener fühlte sich aber als Vertreter der Egerer Handelskammer der deutschen Verfassungspartei so verpflichtet, daß er in Regierungen, mit denen diese Partei nicht einverstanden war, nicht mitarbeiten wollte. Diese Verpflichtung an die Partei ging für ihn aber nicht so weit, daß er sich der Parteidisziplin unterwarf, wenn die Deutschliberalen in seinen Augen sinnlose Opposition betrieb-

ben. Das zeigte sich deutlich, als er gegen die Majorität der Verfassungspartei das galizische Eisenbahnprojekt Beskid-Stryi unterstützte, weil er die Parteitaktik, sich mit allen gleichzeitig zu verfeinden, nicht billigte. Als im Februar 1871 die Verfassungspartei die Regierung Hohenwart durch Verweigerung einer Steuerbewilligung zum Rücktritt treiben wollte, entschied sich Plener für die Bewilligung, zum einen aus Rücksicht auf die Wünsche der Krone, zum anderen, weil er glaubte, daß eine Nichtbewilligung der Regierung als willkommener Anlaß dienen könnte, den Reichsrat aufzulösen und vorläufig mit dem Notstandsparagraphen zu regieren. Für Plener hatte seine oppositionelle Haltung innerhalb der Partei bei der Steuerbewilligungsfrage schwerwiegende Folgen, und zwar insofern, als er, nachdem die Egerer Handelskammer von ihm als ihrem Vertreter eine Abstimmung für die Steuerbewilligung verlangte, sein Mandat niederlegte. Allerdings war die Handelskammer schon bald wieder bereit, Plener als ihren Abgeordneten zu akzeptieren, weil man letztlich Hochachtung vor seiner konsequenten Handlungsweise empfand. Plener wünschte die weitere Abgeordnetentätigkeit, doch fand sie 1873 mit seiner Ernennung ins Herrenhaus ein Ende. Im Herrenhaus zählte er bis zu seinem Tode im Jahre 1908 zu den namhaftesten und am meisten geehrten Mitgliedern.

*

Rückblickend sollen die drei Phasen der politischen Entwicklung Pleners herausgestellt werden. In der Zeit als Finanzminister zeigte sich, daß Plener für das Amt nicht die richtigen Voraussetzungen mitbrachte. Er war Beamter, was seinem Werdegang entsprach, aber kein Politiker. Er kannte nicht die Grenzen der Möglichkeiten eines Finanzministers, so daß er einerseits in seinen Entscheidungen den einseitigen Interessen gewisser Finanzkreise nachgab, andererseits über diesen Entscheidungen andere Probleme vergaß. Da Plener sich während der Zeit seiner Abgeordnetentätigkeit weitblickender zeigte, kann man die Zeit der Finanzministertätigkeit als Lehrzeit bezeichnen.

Die zweite Phase, die Pleners Tätigkeit im Abgeordnetenhaus umfaßt, bedeutet für die politische Persönlichkeit Pleners eine Zeit des Reifens. Er ist die Kontaktperson zwischen der Regierung und den Deutschliberalen Böhmens und zwischen den Verfassungsanhängern der verschiedenen Kronländer, vornehmlich deshalb, weil er gelernt hatte, vorhandene Möglichkeiten zu übersehen und politische Kräfte nicht zu vergeuden.

Als gereifter Politiker ist Plener in der dritten Entwicklungsphase zu bezeichnen, die die Zeit seiner Tätigkeit als Handelsminister und als Parlamentarier umfaßt. Er ist nicht nur ein Mann des Kompromisses, sondern genug politische Persönlichkeit, daß er gegenüber Parteifreunden auf seine Meinung nicht verzichtet, wenn er von ihrer Richtigkeit überzeugt ist.

Plener ist während der zweiten und dritten Entwicklungsphase nicht nur ein geschickter Abgeordneter, sondern auch ein geschickter „österreichischer“ Abgeordneter. Den Faktor Kaiser in der Politik hat er klar erkannt, gegen die Krone war nichts durchzusetzen. Die Entwicklung Pleners ist die eines durchschnittlichen Politikers, der weder besondere Voraussetzungen mitbrachte, noch

herausragende Fähigkeiten besaß, der aber an den ihm gestellten Aufgaben wuchs und für den Staat zu einem recht verdienstvollen Mann wurde. Geniale Züge sind an ihm nicht aufzufinden, aber auch nicht an den Männern, die mit ihm in den jeweiligen Regierungen zusammenarbeiteten. Es hat fähigere gegeben, aber auch sie sind wie Plener zum Durchschnitt zu rechnen. Wenn eine Zeit durch politische Entscheidungen durchschnittlicher Männer bestimmt wird, so kann man diese Zeit wohl nur als durchschnittlich bezeichnen. Somit scheint es sinnvoll, durch die Monographie eines durchschnittlichen Mannes eine Zeit zu beleuchten. Letzteres kann selbstverständlich nicht in einem solchen Bericht geschehen, dazu bedarf es der ausführlichen Schilderung des Milieus um diesen Mann, was der eigentlichen Arbeit vorbehalten bleibt.

Anschließend möchte ich einen Eindruck mitteilen, der sich bei der Beschäftigung mit dem Leben Pleners bis zur Sicherheit verstärkt hat. Auffällig ist, daß in dieser Zeit nur mehr oder weniger durchschnittliche Männer zu Regierungsgeschäften herangezogen wurden. Plener selbst ist ein Beispiel dafür. Nicht nur während seiner Ministertätigkeit, sondern auch nach der Demission versuchte der Kaiser immer wieder, ihn für ein Regierungsamt zu gewinnen. Es bietet sich die Erklärung an, daß ein Kaiser, der durchschnittliche Männer in verantwortungsvollen Stellungen bevorzugt, nur durchschnittlich sein kann. Damit gehört er in seine Zeit.